Halle und Umgebung.

Halle, den 18. Januar 1916.

Städtisches Schweinepökelfleisch — 2500 Schweine für Halle!

Ausländisches Schweinefleisch stellt unser Magistrat von morgen ab in den bekannten städtischen Verkaufsstellen zum Verkauf. Es handelt sich um Pökelfleisch. Der Preis ist auf 2 Mk. pro Pfund festgesetzt, und zwar wird das Fleisch an jedermann abgegeben.

Diese Kunde dürfte unseren Hausfrauen willkommen sein. Mehr aber werden sie noch die andere Nachricht begrüßen, daß vom Februar ab der Mangel an Schweinefleisch in Halle wesentlich gemildert sein dürfte, denn die Regierung hat unserer Stadt 2500 fette Schweine überwiesen, die nach und nach in der Zeit vom Februar bis Mai abgeliefert werden.

Der Dank des Heeres für die Weihnachtsgaben

WTB. (Nichtamtlich.) **Berlin**, 17. Jan. Zum zweiten Male hat zu Weihnachten heimatliche Liebe und Treue des Feldheeres in emsiger Fürsorge gedacht. Den Tapferen im feindlichen Feuer, den Verwundeten und Kranken im Feld- und Etappenlazarett, dem unermüdlichen Bahnschutze, den wackeren Armierungssoldaten, Verwaltern des Nachschubes, den treuen Krankenpflegern und -Schwestern, jungen und gereiften Helden in West, Ost und Süd, ihnen allen sind Weihnachtsspenden zugegangen als neues, noch engeres Band zwischen der unerschütterlichen Wacht draußen und dem sorgenden Heimathaus.

So sei denn allen, die mit Herz und Hand dieses schöne vaterländische Werk deutscher Weihnachtsliebe gefördert und unermüdlich zu gutem Ende geführt haben, abermals herzlichst gedankt.

Der Generalquartiermeister. Der Chef des Feldsanitätswesens.
Frhr. von Freytag Loringhoven. von Schjerning.

Der Kaiserliche Kommissar und Militärinspekteur der freiwilligen Krankenpflege.
Friedrich Fürst zu Solms-Baruth.

Die Einschränkung der Herstellung von Süßigkeiten.

Die Bundesratsverordnung über die Beschränkung der Herstellung von Süßigkeiten vom 16. Dezember 1915 nebst der Ausführungs-Bekanntmachung vom 30. Dezember 1915 bedeutet nicht bloß eine sehr einschneidende Maßnahme für die Konfitüren-Industrie, sondern auch eine sehr schwierige Rechtsvorschrift für die praktische Durchführung zu welcher die „Zucker-Zuteilungsstelle für das Deutsche Süßigkeiten-Gewerbe" in Würzburg (unter Verwaltung der „Vereinigung Deutscher Zuckerwaren- und Schokolade-Fabrikanten i. V.") gebildet wurde.

Der Zweck der Verordnung ist die Einschränkung des Zuckerverbrauchs für die Herstellung von Süßigkeiten (Konfitüren) im Jahre 1916 um die Hälfte des Verbrauchs im Normaljahr vom 1. Oktobr 1914 bis 30. September 1915. Ueber die gewerblichen Kreise, die von der Vorschrift betroffen werden, besteht offenbar noch viel Unklarheit. Kurz gesagt soll die Fabrikation der „Süßigkeiten", d. i. der Konfitüren (im handelsüblichen Sinne) um die Hälfte ihres Umsatzes beschränkt werden. Nicht getroffen werden die Betriebe der Konditoren, die nur Backwaren u. dergl. machen, dann der Keks-, Waffel- und Lebkuchen-Industrie ferner die Fabrikation der Früchte- und Obstkonserven, des Kunsthonigs, der Lakritzenwaren, der Marzipan-, Makronen- und Nougat-Rohmassen, der Hustensirups, der Kuchenbäckerei und endlich auch nicht die Fabrikation der einfachen Schokoladen (auch mit Zusätzen von Gewürzen, Mandeln, Nußkernen u. dergl.). Wenn aber derartige Betriebe nebenher noch Konfitüren herstellen (z. B. Zuckerwaren, auch medizinische Bonbons, Dragees, Pralinees, Fondants, Marzipansachen, Christbaum- oder Oster-Zuckersachen), so fallen sie nicht bloß mit diesem Teil des Betriebs sachlich unter die Beschränkung (Kontingentierung) um die Hälfte, sondern mit ihren sämtlichen Zuckerbezügen auch unter die Kontrolle.

Die Kontrolle ist nämlich aufgebaut auf den Gedanken der Bezugsscheine einerseits und der Zwangs-Buchführung andererseits. Die Bezugsscheine werden von der Zucker-Zuteilungsstelle in Würzburg auf Antrag und nach Einsendung einer Gebühr von 10 Pfg. pro Doppelzentner ausgestellt, und zwar jeweils für die einzelnen Bezüge oder höchstens für zeitlich beschränkte Lieferungsschlüsse. Für das ganze Jahreskontingent werden Bezugsscheine nicht auf einmal ausgestellt. Die Ausnutzung des Kontingents ist zwar in der Verordnung nicht an eine zeitliche (etwa monatweise) Einteilung gebunden; einer forcierten Ausbeutung ist aber außer durch die natürlichen Schranken auch dadurch entgegengearbeitet, daß die Zucker-Zuteilungsstelle in Würzburg zunächst — bis zur Feststellung der Kontingente, was bei dem außergewöhnlichen Umfang der Arbeit noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird — nur über Zuckermengen, die dem normalen Bedarf der nächsten Zeit im Rahmen des Kontingents entsprechen, Bezugsscheine ausgibt.

Die Zwangs-Buchführung schreibt nur eine einfache Uebersicht der Bezüge, des Verbrauchs von Zucker und der hergestellten Fabrikate vor; das Schema hierfür ist in der Bekanntmachung vom 30. Dezember 1915 angegeben und kann von jedem Fabrikanten selbst leicht angelegt, allenfalls von Druckereien besorgt werden. Die Einträge erfolgen zweckmäßigerweise jeweils in Wochenabschnitten.

Die „Erklärungen", welche für die Kontingentierung die Grundlagen bilden, sind die Formblätter, bei allen deutschen Handels- und Handwerkskammern, bei den Fachvereinen der Konfitüren-Industrien und endlich bei der Zucker-Zuteilungsstelle in Würzburg erhältlich. Ausdrücklich sei aber darauf hingewiesen, daß einfache Konditoreien (mit reinem Backbetrieb), ferner reine Konservен-, Schokoladen-, Lakritzen-, Marzipanmassen-, Keks-, Waffel- und Lebkuchen-Fabriken überhaupt nicht unter die Verordnung fallen, also auch keine Erklärungen abgeben müssen.

Das Gaswerk.

Das Berichtsjahr stand in seinem überwiegenden Teile unter der Wirkung des im August ausgebrochenen Weltkrieges, dessen Folgen sich sowohl in den Abgabemengen wie auch in dem erzielten Reingewinn ungünstig bemerkbar machen. Es sind nur 10 993 180 Kbm. Gas, d. h. 973 309 Kbm. weniger als im Vorjahre, hergestellt worden. Der Reingewinn in Höhe von 576 646,15 Mark ist um 102 918,55 Mark hinter dem Ertrage des Vorjahres zurückgeblieben. Neben den beträchtlichen Mindereinnahmen aus dem Absatz des Gases und des Teers hat insbesondere hierzu noch der Umstand beigetragen, daß die dem Werke für Bedienung und Unterhaltung der Straßenlaternen entstandenen Kosten infolge der durch Einschränkung der öffentlichen Beleuchtung verminderten Brennstundenzahl seitens des Magistrats nicht in vollem Umfange erstattet worden sind. Mit Beginn des Geschäftsjahres 1. 4. 1914 traten die Maßnahmen zur Hebung des Gasverbrauchs, insbesondere die Bestimmungen bezgl. Einführung des Einheitspreises für Gas zu Leucht- und Heizzwecken und bezgl. Einführung von Münzgasmessern in Kraft. Leider ist infolge der durch den Krieg gänzlich veränderten Verhältnisse die Möglichkeit genommen, die Wirkung des Einheitspreises vollständig zu übersehen. Es hat nur festgestellt werden können, daß die Einführung des Einheitspreises auf das Gewinnergebnis einen nennenswert nachteiligen Einfluß nicht ausgeübt hat, denn der Durchschnittserlös für 1 Kbm. des Verbrauches für Privatzwecke ermäßigte sich gegen das Vorjahr nur von 13,83 auf 13,77 Pfg., d. h. nur um 0,06 Pfg. für 1 Kbm.

Der gesamte Gasverbrauch betrug 10 416 587 Kbm. und war somit um 872 024 Kbm. oder 7,72 v. H. niedriger als im Vorjahre. Bei der Straßenbeleuchtung ist eine Minderabgabe von 162 913 Kubikmeter eingetreten, weil nach dem Ausbruch des Krieges mit Rücksicht auf etwa eintretenden Kohlenmangel die öffentliche Beleuchtung insoweit eine Einschränkung erfahren hat, als die sogenannten Abendlaternen am 1. September 1914 nicht wieder in Betrieb genommen sind.

Da im Berichtsjahre das zu Leucht-, Koch- und Heizzwecken verbrauchte Gas zum ersten Male zu dem Einheitspreise von 14 Pfg. zur Berechnung gekommen ist, kann nicht mehr wie früher getrennt angegeben werden, wie hoch die Abgabe für Leucht- und für Koch- und Heizzwecke gewesen ist. Insgesamt sind an Privatabnehmer und Behörden 9 035 688 Kbm. (i. V. 9 736 509 Kbm.) abgegeben, und zwar 8 288 093 Kbm. zu Leucht-, Koch- und Heizzwecken (i. V. 8 557 303 Kbm.) und 747 595 Kbm. zu Kraft- und gewerblichen Zwecken (i. V. 1 179 206 Kbm.).

Während so die Wirkung des Einheitspreises in bezug auf die Steigerung des Gasverbrauches nicht klar erkennbar geworden ist, erwies sich seine Einführung insofern unzweifelhaft als außerordentlich vorteilhaft und zeitgemäß, als die dadurch frei gewordenen Gasmesser für die Versorgung der infolge Petroleummangels geradezu stürmisch sich meldenden neuen Gasverbraucher Verwendung finden konnten. Da die Industrie teils infolge Beschlagnahme der notwendigen Materialien, teils wegen Mangels an Arbeitskräften nicht in der Lage war, größeren Anforderungen in bezug auf Lieferung von Gasmessern zu entsprechen, wäre ohne die frei gewordenen Gasmesser eine Versorgung so zahlreicher, neuer Verbraucher nicht möglich gewesen, ohne zum Pauschaltarif überzugehen.

Von großem Erfolg ist die Einführung der Münzgasmesser geworden. Auch hier hat den Anforderungen nur dadurch genügt werden können, daß ein Teil der durch Einführung des Einheitspreises frei gewordenen, gewöhnlichen Gasmesser in Münzgasmesser umgebaut werden konnte.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

„Josua".

(Volkstümliche Aufführung durch die Hallische Singakademie.)

Händels Oratorium „Josua" gerade zur jetzigen Kriegszeit dem großen Publikum in einer volkstümlichen Aufführung zu vermitteln, war ohne Zweifel eine gute Idee der Hallischen Singakademie; denn die gedanklichen Grundpfeiler dieses Werkes, als da sind: hinreißende Begeisterung für Kampf und Sieg sowie das Glück des Familienlebens, bilden ja auch heute die Brennpunkte unseres Volksdaseins. Kein Wunder also, daß sich am Montag abend vor der geschmackvoll geschmückten Thaliobühne eine besonders zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden hatte, die sich der gediegenen Aufführung willig hingab. Sie empfand dabei jedenfalls, wie modern in gutem Sinne diese alte Händelsche Musik ist, weil sie dem Quell gesunden musikalischen Empfindens entspringt. Die Aufführung durch die Hallische Singakademie war wohl geeignet, die Vorzüge des Werkes in helles Licht zu setzen. Hatte doch Herr Königlicher Musikdirektor Willi Wurfschmidt wie immer für eine ungetünstelte, aus dem Inneren kommende Wiedergabe gesorgt, die er mit seinem zuverlässigen, anfeuernden Stabe zum sicheren Erfolge leitete. Die Chöre klangen in ihrer Abrundung bei guter Textaussprache schön und belebt; ja gleich zu Eingang ergab sich bei den Worten „Nur Er ist groß" eine mächtige Gesamtwirkung. Während des ganzen Abends fiel es ferner angenehm auf, daß sich keine Stimme übernahm, noch sonst vor der anderen hervordrängte. Recht gut charakterisiert war z. B. auch der Schlußchor des zweiten Aktes „O seht, es folgt die Sonne" mit der Ausmalung der Flucht des Feindes.

Zur Mitwirkung hatte die Hallische Singakademie eine Reihe trefflicher Künstler gewonnen. Ludwig Dornay-Berlin sang den Josua mit baritonal gefärbtem, stets klarem, aber nicht allzu schmelzreichem Tenor sehr eindrucksvoll, entwickelte insbesondere eine schöne, sichere Höhe und eine vorzügliche Textaussprache. Kammersänger Friedrich Strathmann-Weimar setzte seinen hier längst geschätzten Baßbariton mit der oft gerühmten Kunstfertigkeit für den Kaleb ein, Professor Dr. Max Seiffert-Berlin schlug ausgezeichnet das Cembalo. Als Othniel aber bewies Else Immanuel-von Bose-Berlin, daß ihr Mezzosopran gegen früher sich in Atem, Text und Ton erheblich verbessert hat, wie auch der Vortrag gewachsen ist. Annie Freiin von Ledebur wiederum brachte für Achsa eine sympathische, wohlgebildete Sopranstimme mit, die dem Worte zu deutlicher Anschauung verhalf und gleich den anderen Solisten schöne Wirkung erzielte. Das Stadttheater-Orchester, der frische, freudige Knabenchor des Stadtgymnasiums trugen schließlich ebenfalls gehörig zu dem aufrichtigen Erfolge des lobenswerten Abends bei, für den der beinahe ausverkaufte Thaliasaal durch starken Beifall dankte.

Dr. B.

Verteuerung der Arzneimittel. Zu der unter vorstehender Ueberschrift durch die Presse gehenden Notiz wird von fachmännischer Seite geschrieben: Die angeblichen 400 Arzneimittel, die teurer geworden sind, sind zum größten Teile selten gebrauchte Mittel, bei den meisten ist die Höhersetzung nur ganz geringfügig, bei sehr vielen betrifft sie nur eine der mehreren angegebenen Gewichtsmengen, während die anderen Mengen unverändert geblieben sind. Eine wesentliche Erhöhung, wenn auch nicht annähernd in de n Verhältnis der Einkaufs-Preissteigerung, haben allerdings die Preise der Oele, Fette und Seifen, sowie mancher ausländischer Drogen erfahren. Das wird aber verständlich, wenn man deren Einkaufspreise von heute vergleicht mit denen vor dem Kriege. Es kostete das Kilogramm Anfang 1914: Lebertran 1 Mk., jetzt 4,50 Mk.; Olivenöl früher 1,70 Mk., jetzt 5 Mk.; Sesamöl früher 1,10 Mk., jetzt 4,80 Mk.; Ricinusöl früher 0,85 Mk., jetzt 3,80 Mk. Die ferner ermähnte Preiserhöhung für Gläser und Pappschachteln beträgt überall, wo sie stattfand, nur 5 Pfg. und hat ihren Grund gleichfalls in den wesentlich gesteigerten Erstehungskosten. Sobald diese nach Beendigung des Krieges sich ermäßigen, werden auch die Taxpreise automatisch wieder auf den früheren Stand heruntergehen.

Unser neues Stadtbad wird jetzt fortgesetzt von Vereinen besichtigt. Die Herren vom Hochbauamt sind nicht müde, zu führen und zu erklären, so namentlich die Herren Stadtbaurat Jost und Stadtbauinspektor Petri. Am Sonntag nachmittag sprach der Haus- und Grundbesitzerverein in Stärke von wohl 1000 Personen im Bade vor; es mußte in 2 Abteilungen geführt werden. Auch der Handwerker-Meister-Verein trat in ansehnlicher Zahl seiner Mitglieder und deren Angehörigen an. Alle die Besucher waren von dem Gesehenen vollauf befriedigt. Wie wir weiter mitteilen können, findet eine besondere Eröffnungsfeier am Sonntag, den 30. d. Mts., nicht statt, das Bad wird an diesem Tage einfach dem Betrieb übergeben.

Astoria-Lichtspielhaus. Hans Hyan, der bekannte Berliner Verbrechertypenschilderer, hat einen Kinoschmank „Der Onkel aus Amerika" verfaßt, der z. Zt im Astoria-Lichtspielhaus gezeigt wird. Es handelt sich in dem Film um eine Briefstaffel, die der Onkel Dick Plummer aus Ohio, wohlgespickt mit Banknoten, nach Berlin trägt. Die Reise dieses „Gebrauchsgegenstandes" geht nun zuerst in die Brusttasche des „schwarzen Hans" und der „Tüsi", denen er wieder von einem ganz gemeinen, niederträchtigen Dieb gestohlen wird. Dieser wird in einer Kaschemme gefaßt, und das „Corpus delicti" dem Onkel wieder eingehändigt, der es sich aber zum zweiten Male von den beiden ersten Spitzbuben wegholen läßt usw. Die Handlung des Stückes wirkt durch das Auseinanderziehen zu langatmig; trotzdem zeigt der Film ein neuartiges, immerhin verblüffendes Bild: Den Autor in der Rolle des gemeinen, niederträchtigen Diebes, das Paletotmarders, der in einem Nachtlokal den Mantel des „schwarzen Hans" mit seinem vertauscht und in der Kaschemme verbadet wird. Der Spielplan umfaßt ferner „Des Himmels Gericht", ein ziemlich weitbergeholtes Eisenbahndrama, ein zweites wertvolleres Drama „Vaterliebe" mit dem Verfasser Ferdinand Bonn als Kupferstecher Reinhardt, eine gut getroffene Naturaufnahme der märkischen Schweiz und die Kriegsberichte in Bild und Wort.

Der nächste Spielplan bringt einen neuen Detektivfilm, der von Joe May inszenierten „Joe Deebs-Serie": „Der Geheimsekretär", in dem sich Findigkeit und gesunder Menschenverstand brüderlich die Hände reichen. k.

Im Stadttheater kommt „Der gestiefelte Kater", das diesjährige Weihnachtsmärchen, Mittwoch nachmittags zur letzten Aufführung in dieser Spielzeit, und zwar wurden für diese Aufführung die Preise bedeutend ermäßigt. Am Mittwoch abend geht noch einmal Millöckers beliebte Operette „Der Bettelstudent" in Szene. Mozarts neu in den Spielplan aufgenommene Oper „Figaros Hochzeit" wird Donnerstag zum ersten Male wiederholt werden.

Bruno Hendrichs Konservatorium für Musik und Theater. Es sei darauf hingewiesen, daß der Vortragsabend der Weihnachtsstücke, die 152. Musikaufführung, am Mittwoch, den 19. Jan., schon um 6 Uhr beginnt und im Saale des Konservatoriums (Gütchenstraße 20) stattfindet. Interessenten können gegen vorherige Anmeldung im Sekretariat Eintrittsprogramm erhalten.

Haus- und Grundbesitzerverein, e. V., Halle. Donnerstag, den 20. Januar, abends 8½ Uhr findet im Restaurant „Mars-la-Tour", Gr. Ulrichstr. 10, Generalversammlung statt. Tagesordnung im Inseratenteil vorliegender Nummer ersichtlich.

Hallischer Lehrerverein. Die Hauptversammlung findet Donnerstag, den 20. Januar, abends 8¼ Uhr im „Reichshof" statt. Auf der Tagesordnung stehen Jahresberichte, Rechnungslegung, Haushaltsplan, Verteilung der letzten Sammlung für Kriegswohlfahrt und Vorstandswahl.

In der Generalversammlung des Vereins der Bienenzüchter von Halle und Umgegend wurde an Stelle des verstorbenen Herrn Hauptlehrer a. D. Evers Herr Lehrer emer. Kirchhof-H.-Cröllwitz, Nordstr. 9, zum Vereinskassierer gewählt. Einen Vortrag hielt Herr Professor Apel über das Thema: „Aus der Anatomie der Biene". Der Vortragende brachte unter Zuhilfenahme von erläuternden Zeichnungen den inneren Aufbau des Bienenkörpers zur Darstellung. So sind, um nur einiges herauszugreifen, die Augen der Bienen stark behaart, weil sie mit glatten Augen ohne Tränendrüse durch den in den Blütenkelchen vorhandenen Blütenstaub beim Aufsuchen des Nektars gewissermaßen erblinden würden; das Bruststück ist ein einziges Muskelbündel für den Fortbewegungsapparat mit Durchlässen für die im Hinterleib liegenden Ernährungsorgane. Da die Biene, nicht wie wir durch Mund und Nase, sondern durch kleine Oeffnungen zwischen den Hinterleibsringen atmet, liegt auch dort das Atmungsorgan, daneben die Honigblase und der Bienenmagen. Auch das Herz, ein sogen. Röhrenherz, findet, langgezogen im Schutze der festen Hinterleibsringe, seine Stätte. Wie die Biene den Honig aufsaugt, einträgt und verarbeitet und sich mit ihrem Stechapparat gegen Feinde zu wehren weiß, wurde in höchst anschaulicher Weise klargelegt.

Gestohlen wurden: am 9. Jan. ein neuer grünlicher Herren-Gummimantel mit Aermelaufschlägen, ohne Knopfleiste; am 12. Januar eine silberne Herrenuhr, im Rückdeckel der Name „Fröhner" und außen die Buchstaben „R. F." graviert; am 14. Jan. ein Herrenfahrrad, Marke „Ideal", schwarzer Rahmen, schwarze Felgen mit roten Streifen, nach oben gebogene Lenkstange; 50 gebrauchte Mehlsäcke; am 15. Jan. ein Herrenfahrrad, Marke unbekannt, Nr. 43 155, schwarzer Rahmen, schwarze Felgen mit roten Streifen, wagerechte Lenkstange, weiße Hornzriffe, Pedale mit Gummieinlage; ein Herrenfahrrad, Marke und Nummer unbekannt, schwarzer Rahmen, Nickelfelgen, nach oben gebogene Lenkstange, schwarze Zelluloidgriffe, die vordere Gabel nach innen gebogen; vom 15. zum 16 Jan. ein Paar schwarze Damen-Lackhalbschuhe, Größe 36, mit blauem Ripseinsatz; 1 Paar desgleichen, Größe 40, mit schwarzem Kammgarneinsatz; 1 Paar desgleichen, Größe 37, mit braunem Wildledereinsatz; 1 Paar desgleichen, Größe 39, ohne Einsatz; ein solcher einzelner Schuh mit schwarzgraugesdenem Einsatz; am 16. Jan. ein schwarzer Winterüberzieher mit Firma „Esders, Magdeburg, Breiter Weg", schwarzes glänzendes Futter, gerade Taschen aus weichem Leder, schwarze Knöpfe, Aermelaufschläge; ein älteres Herrenfahrrad, Marke und Nummer unbekannt, leicht nach oben gebogene Lenkstange ohne Griffe, der an den Zackenpedalen vorhanden gewesene Gummi fehlt, neue Schutzbleche.

Provinzial-Nachrichten.

Heimkehr der deutschen Missionare aus Indien.

Leipzig, 17. Jan. Zur Begrüßung der von den Engländern aus Indien vertriebenen und nach Leipzig zurückgekehrten Missionare und ihrer Familienangehörigen, insgesamt 39 Personen, darunter 17 Kinder, fand gestern in der Nikolaikirche eine Feier statt. Die Vertreter des Generalkommandos, der kirchlichen Behörden, der Kreishauptmannschaft, des Rates der Stadt Leipzig, des Reichsgerichts und der Universität wohnten der Feier bei. Die Hauptansprache hielt der Geheime Kirchenrat Professor D. Ihmels der die Heimgekehrten als Vertreter der deutschen Missionskirche in Indien begrüßte.

Jessen (Elster), 17. Januar. (Hochwasser.) Unsere Stadt gleicht infolge des Hochwassers der Schwarzen Elster völlig einer Insel und das „Schlößchen" in der Nähe des Bahnhofes ist eine richtige „Wasserburg" geworden. Ein so hoher Wasserstand ist bei den stärksten Niederschlägen noch nie dagewesen. Die meisten guten Gärten und Felder mit großen Flächen Roggensaaten sind unter Wasser gesetzt, viele Stallungen mußten geräumt werden, verschiedene Wohnungen haben keinen Zugang mehr oder sind geräumt. Der Grund für den hohen Wasserstand der Elster bei unserer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160118030/fragment/page=0001

Stelle scheint in der Regulierung des Flusses zu liegen. Da nur der obere Flußlauf der Elster reguliert ist und die Regulierung im vergangenen Sommer durch Kriegsgefangene zwischen Premsendorf und Woltersdorf weitergeführt worden ist, scheinen die weiter unterhalb gelegenen Ortschaften den Nachteil davon zu haben. Trotz des hohen Wasserstandes der Elster fließt hier das Wasser schnell.

Güsten, 17. Jan. (Ein Einbruch) wurde nachmittags zwischen 4 und 4½ Uhr verübt bei dem Kaufmann W. Fischer, der z. Zt. zum Heeresdienst eingezogen ist. Während die Ehefrau F. eine Stunde spazieren gegangen war, drangen die Diebe vom Hausflur aus in den Laden ein, erbrachen dort die Ladenkasse und nahmen einen größeren Geldbetrag an sich. Alles andere ließen sie unberührt. Die polizeilichen Ermittelungen sind im Gange.

Mühlberg (Elbe), 16. Jan. (Schiffsunfall.) Ein mit etwa 8000 Zentnern böhmischer Kohle beladener Holzkahn des Schiffseigners Paul aus Roßlau wurde unterhalb der großen Fähre auf eine Buhne getrieben, erhielt ein Leib und sank auf den Grund.

v **Lausche**, 17. Jan. (Die wirtschaftliche Lage der Christbaumschmuckfabrikanten) ist infolge der ungeheueren Preise für die Rohmaterialien eine äußerst schwierige geworden. Der Arbeitgeberverband will deshalb die Hilfe der Regierung anrufen. Insbesondere soll die Schaffung eines geregelten Lehrlingswesens und die Einführung einer bestimmten Arbeitszeit angestrebt werden. In einem Aufrufe an die Christbaumschmuckfabrikanten heißt es: Schon wieder raunt es von einer weiteren Erhöhung der Preise für Glas, Silber, Karton, Röhren usw. Schwerlich kann jetzt wieder die verdammenswerte Unsitte, daß die Frauen und Kinder in angestrengtester, unbezahlter Tag- und Nachtarbeit Ausgleiche für zu geringen Verdienst, infolge der niedrigen Preise, schaffen mußten, Hilfe bringen. Eine Erhöhung der Preise für die Christbaumschmuckfabrikare macht sich unumgänglich notwendig. Sie soll im Durchschnitt 10 Prozent betragen.

ℰ **Neustadt a. d. O.**, 17. Jan. (Nichtsnutz.) Im vorigen Jahre war in dem auf dem Kesselberg erbauten Bismarckturm ein Einbruch ausgeführt worden, ohne daß es bisher gelang, den Täter zu ermitteln. Unsere Schutzmannschaft setzte aber ihre Nachforschungen in der Stille fort und es gelang ihr jetzt, des Einbrechers habhaft zu werden. Es ist der 17jährige Gerbergeselle Paul Herrfurth, der vor kurzem wegen eines unsittlichen Ueberfalles auf ein Kolbaer Schulmädchen zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Wie die Pößneckr Zeitung meldet, hat er den Einbruch in allen Einzelheiten eingestanden. Das im Unterraum des Turmes nach Süden zu befindliche Glasmalereifenster will er nicht absichtlich zertrümmert haben, er gibt an, ausgeglitten zu sein, wobei der in seinen Händen befindliche Pfahl das Fenster durchstoßen habe. Anzige ist erstattet.

Eilenburg, 16. Jan. (Zum zweiten Geistlichen) an der hiesigen Werkstätte wurde vom Konsistorium Pfarrer Valentin aus Zschepplin, der zurzeit als Feldprediger bei der Niemen-Armee tätig ist, berufen. Sein Vorgänger war der Pastor Bracht, der vor kurzem zum ersten Geistlichen an St. Marien gewählt worden ist.

Zeitz, 16. Jan. (Eine wackere Tat.) Der Kaufmannslehrling Max Schmidt aus Mannsdorf bewirkte durch seine Entschlossenheit die Festnahme zweier aus Deuben entwichener gefangener Russen. Als er an einem Straßenkreuzungspunkte die beiden Ausreißer ohne Wachmann kommen sah, fragte er nach dem Reiseziel, und als er hörte: „Nach Merseburg", bat er sich als Wegweiser an. Der junge Mann führte sie aber nach Kretzschau, wo er die Ausreißer der Polizei übergab.

+ **Camburg**, 16. Januar. (Hohe Schweinepreise.) Hier wurden zum gestrigen Schweinemarkte Preise erzielt, wie noch niemals vorher. Ganz kleine Saugschweine wurden das Paar mit 60 Mark bezahlt und etwas größere sogar mit 95 Mark.

× **Meiningen**, 17. Jan. (Gegen Arbeitslosigkeit.) Das Kriegsministerium beabsichtigt, einer etwaigen Arbeitslosigkeit im Herzogtum Sachsen-Meiningen durch Vergebung von Heimarbeit nach Möglichkeit abzuhelfen. In der Hauptsache wird es sich dabei um Herstellung von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen für die zum Heere eingezogenen Mannschaften handeln.

÷ **Saalfeld**, 16. Januar. (Gefälschte Zigeuner-Militärpapiere.) Bei einer hier zugezogenen Zigeunerfamilie erweckte der Haushaltungsvorstand das besondere Interesse der Polizei. Der noch junge, rüstig aussehende Mann wies sich, nach dem Militärverhältnis befragt, mit einer Bescheinigung aus, wonach er bei einer Nachmusterung als „dauernd untauglich" befunden wurde. Eine Durchsuchung der Zigeunerwohnung förderte nun eine kleine Druckerei und Hektographenmasse mit Stempelabzügen zutage, und damit wurde der Beweis erbracht, daß der Zigeuner seinen Militärausweis selbst angefertigt hat. Jedenfalls hat er in dieser Beziehung auch seinen Stammesgenossen seine Unterstützung zuteil werden lassen. Das saubere Brüderchen wurde festgenommen.

× **Ziegenrück**, 17. Jan. (Die Apotheke unter dem Hammer.) Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 16. März das auf den Namen Ferdinand Mayer eingetragene Apothekengrundstück versteigert werden. Da für das Apothekengrundstück eine verkäufliche Konzession erteilt ist, wird das Amtsgericht den Meistbietenden der Königlichen Regierung zur Verleihung der Konzession präsentieren, wenn dieser ein qualifizierter Apotheker ist.

♦ **Schmalkalden**, 16. Jan. (Ein eigenartiges Unglück.) Von einem schweren Schicksalsschlage getroffen wurde gestern die Familie des Kaufmanns Steube. Beim Essen drang der Frau, Mutter von drei unmündigen Kindern, ein Knochenstück in den Hals und durchschnitt die Schlagader. In das Landkrankenhaus verbracht, starb die Frau trotz sofortigen ärztlichen Beistandes. Besonders tragisch erscheint noch der Fall, daß Steube, der seit Jahresfrist im Felde weilt, einige Stunden vor dem Tode seiner Frau auf Urlaub heimgekehrt ist.

Staßfurt, 16. Jan. (Im Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung) spielt wieder das staatliche Salzbergwerk Staßfurt eine Rolle. Die zum Ankauf und zur Instandsetzung beschädigter Häuser, die zu Ersatzbauten, zu Entschädigungen, zur Uebernahme von Hypotheken geschädigter Hausbesitzer und zur Urbarmachung entstandener Trümmerstätten in der Stadt sind die in den Etats 1907 bis 1909 und 1915 bisher bewilligten Mittel von zusammen 1 200 000 Mark erschöpft. Es wird nun zu gleichem Zwecke die Summe von 200 000 Mark angefordert, gleichzeitig aber angekündigt, daß, da eine endgültige Beruhigung der Oberflächenbewegung noch nicht eingetreten ist, in nächster Zeit noch weitere Mittel erforderlich sein werden.

Magdeburg, 17. Jan. (Reichstagsabg. Dr. Friedrich Naumann) wird, wie in der letzten Vorstandssitzung des Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei mitgeteilt wurde, in der Februar-Veranstaltung des Ausschusses für vaterländische Kundgebungen als Redner auftreten. Die Versammlung wird im Zirkus stattfinden; in Aussicht genommen ist dafür der 20. Februar. Dr. Naumann befindet sich zurzeit in Oesterreich-Ungarn, um dort den Boden vorbereiten zu helfen für die Verwirklichung eines deutsch-österreichischen Wirtschaftsbündnisses und der Gedanken, die er in seinem glänzenden Werke „Mitteleuropa" niedergelegt hat.

Braunschweig, 16. Jan. (Die Aussichten für die Verwertung der diesjährigen Spargelernte) erwecken in den Kreisen der Spargelzüchter, wie aus verschiedenen an die „Braunschw. Landesztg." gerichteten Zuschriften hervorgeht, vielfach Sorge, da der Verbrauch an konserviertem Spargel unter der Einwirkung des Krieges stark herabgemindert wurde. Die Genossenschaft des Gemüsebauvereins ist mit den maßgebenden Behörden in Verbindung getreten mit der Bitte, auf die Vermehrung des Verbrauches von konserviertem Spargel hinzuwirken. Man ist dabei davon ausgegangen, daß die gewünschte Verbrauchsvermehrung in den Küchen von Krankenhäusern und Lazaretten, sowie namentlich auch in den Offizierkasinos herbeigeführt werden könne.

Preußischer Landtag.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Abg. Dr. Pachnicke (Fortschr.):

Ob eine Etatsdebatte solchen Stiles notwendig war, darüber konnte man vielleicht im Zweifel sein. Aber nachdem sie von zwei Parteien dieses Hauses, von der sozialdemokratischen und der deutsch-konservativen gewünscht worden war, konnten sich die anderen Parteien nicht wohl ausschließen. Ich werde mich jedoch in einem Augenblick, der (zu den Sozialdemokraten gewendet) Taten fordert und nicht Worte, auf das Notwendigste beschränken.

Warum die Konservativen diese Aussprache wünschen, daß wissen wir nun, weil sie ihrer Unzufriedenheit mit der Thronrede Ausdruck geben wollten. Herr von Heydebrand spielt den früheren Minister des Innern von Dallwitz gegen den jetzigen Minister des Innern und insbesondere gegen den Ministerpräsidenten aus, und er wagt den Satz, daß das geltende preußische Wahlrecht den Anforderungen geradezu in idealer Weise entspricht. Ja, glauben Sie denn, Herr von Heydebrand, daß die kurzbewegte Zeit, von der Sie selbst bewegt sind, ohne große Aenderungen unserer inneren Politik vorübergehen wird? Sollen alle, die über diese schwere Zeit hinaus auf bessere Zeiten hoffen, sich getäuscht haben? Wenn unser jetziges Wahlrecht — dessen Mängel im einzelnen darzustellen jetzt nicht die Stunde ist — von 7½ Millionen Wählern mehr als 6 Millionen in die dritte Klasse verweist und den größten Teil der Wähler überhaupt zu wählen abschreckt, so sind das Mängel, die beseitigt werden müssen.

Es ist die Pflicht der Regierung, hier voran zugehen. Eine Regierung, die sich ihrer Pflichten bewußt ist, darf sich hier nicht führen lassen, auch nicht von Herrn von Heydebrand. Während bisher nur einzelne Minister Versprechungen für das Wahlrecht gemacht haben, hat jetzt die Krone gesprochen. Jetzt ist die Autorität der Krone für die Verbesserung des Wahlrechts eingesetzt. Das ist der Fortschritt, der jetzt erzielt wurde. Das Volk hat sich politisch jetzt reif gezeigt, und es muß auch staatsrechtlich dementsprechend gewertet werden. Die Erfahrungen dieses Krieges müssen sich auf diesem Gebiete geltend machen und die Erfahrung dieses Krieges heißt, daß die Hingebung des ganzen für das Staatswohl nutzbar gemacht werden muß. Das ist gerade von denen anerkannt worden, auf die sich Herr von Heydebrand berufen hat, von den großen Heerführern, die in edler Bescheidenheit immer den Dank von sich auf die Truppen, auf das große Ganze weitergegeben haben. Volksführer wollen die Leute sein, die aus dem Felde heimkehren werden.

In Mann kann unseren Helden nicht Kränze um die Stirne winden und ihnen auf der anderen Seite Rechte vorenthalten. (Sehr wahr! links.) Der kameradschaftliche Geist im Heere hat die Volksschichten zusammengeschlossen, und man darf sie daher politisch nicht auseinanderreißen. (Beifall links.) Wir finden, daß das Reichstagswahlrecht sich national bewährt hat. (Zustimmung links.) Es hat die Feuerprobe des Krieges bestanden. Glänzend gerechtfertigt geht dieses Wahlrecht aus dem Kriege hervor, wie es ja auch eine Schöpfung des Krieges ist. Fürst Bismarck hat; als er nach 1866 dieses Wahlrecht suchte, gezeigt, daß er die nötige staatsmännische Anpassungsfähigkeit und das nötige Augenmaß für Menschen und Dinge besaß, um ein Volk zu regieren. (Sehr richtig! links.) Mögen die Herren auf der Rechten beweisen, daß sie einen Hauch seines Geistes verspüren und die gleiche Anpassungsfähigkeit und das gleiche Augenmaß wie Bismarck besitzen. (Sehr gut! links.) Was nicht nur erträglich, sondern nützlich ist für die Krone bei 68 Millionen, ist auch angemessen für einen Großstaat von 40 Millionen. (Sehr richtig! links.) Es bedarf keiner neuen Versicherung, daß wir grundsätzlich nach wie vor auf dem Boden des Reichstagswahlrechts stehen. (Beifall links.)

Einer Annäherung und Angleichung der konstitutionellen Grundsätze im Reich und in Preußen sollten die am wenigsten widerstreben, die eine ruhige Entwicklung wünschen. Je mehr die beiden Wahlrechte einander nähergebracht werden, desto mehr schwindet der Zwiespalt, an dem unser öffentliches Wesen krankt, desto mehr werden die Bestrebungen unterbunden, die darauf hinauslaufen, auf dem Umwege über Preußen die Politik des Reiches zu durchkreuzen. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Abgeordnete v. Heydebrand hat den jetzigen Zeitpunkt für die Wahlrechtsreform bemängelt. Ich will es politisch sagen: nach unserer Meinung muß die Reform noch vor den nächsten allgemeinen Wahlen kommen. (Beifall links.) 1918 müssen Neuwahlen vorgenommen werden. Bis dahin sollte das Gesetz fertig sein, damit es auf die Neuwahlen angewendet werden kann. Das preußische Volk, das dann vor ganz neuen Aufgaben steht, muß sich darüber aussprechen können, wie es diese Aufgaben gelöst zu sehen wünscht. (Sehr wahr! links.)

Das Parlament soll nicht der Ausdruck der Willensmeinung einer Minderheit, sondern der Willensmeinung der Volksmehrheit sein. (Sehr richtig! links.) Hier und da sind Zweifel geäußert worden, ob das in der Thronrede gegebene Versprechen auf eine Wahlrechtsreform auch eingelöst werden wird. Die Erfahrungen mit dem Versprechen vom 1908 machen es allerdings zur Vorsicht. Aber es wäre doch eine nicht wieder gut zu machende Minderung des Ansehens und eine Erschütterung der Autorität der Regierung, wenn sie das in der Stunde des Unglücks dem Volke gegebene Versprechen in der Stunde des Glücks vergessen würde. (Sehr gut! links.) Eine Zusage in dieser Form kann nicht uneingelöst bleiben. Ein gewissenhafter Staatsmann — und wir halten Herrn v. Bethmann Hollweg für einen solchen — muß zu gegebener Zeit für die Einlösung eintreten.

Einige Worte zum Etat. Die Fehlbeträge müssen gedeckt werden. Wir erklären uns damit einverstanden, daß die Zuschläge erst bei einem Einkommen von 2400 Mark an erhoben werden können. Angesichts der bestehenden Teuerung ist diese Grenze notwendig. Eine organische Neuordnung unseres gesamten Steuerwesens wird nach dem Kriege kommen. Aber so einfach, daß man sagt, die indirekten Steuern dem Reich, die direkten Steuern den Einzelstaaten, sind diese bewickelten Verhältnisse nicht zu lösen. Das Reich hat den Boden der indirekten Besteuerung bereits verlassen. Es wird auch künftig ein regulärer Zug in der Reichsfinanzreform enthalten sein müssen. (Sehr richtig! links.) Die Besteuerung des Besitzes in irgend einer Form muß die indirekte Besteuerung ausgleichen. Natürlich gibt es auch für die direkte Besteuerung eine Grenze, die nicht überschritten werden darf, soll die Schaffensfreude nicht erlahmen. (Sehr richtig! links.)

Was die Volksernährung anlangt, so sagen auch wir: es ist eine schwere Täuschung des Auslandes, wenn es noch immer glaubt, Deutschland sei ökonomisch geschlagen. Wir stehen auch wirtschaftlich ungebrochen da. (Beifall.) Vorwürfe einer wucherischen Bereicherung gegen ganze Berufe weisen wir zurück. Landwirtschaft und Industrie haben ihre Pflicht getan, aber auch der Handel weist unlautere Elemente weit von sich.

Der Forderung auf Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes stimmen wir nicht zu. Aber gerade deshalb fordern wir, daß Mißbräuche nach Möglichkeit vermieden werden. Leider haben in der letzten Zeit, insbesondere seit Errichtung des Kriegspreisamtes die Mißbräuche zugenommen. Die militärische Zensur hat vielfach übergriffen auf das politische Gebiet. Auf dem Gebiet der inneren Politik aber müsse Bewegungsfreiheit herrschen. Der Zensor geht zu weit, wenn er Erörterungen über den Zweckverband verbietet, wenn er ein Blatt mit dem Verbot bedroht, weil es den Landwirtschaftsminister angegriffen hat oder weil es gegen Amerika geschrieben hat. (Sehr richtig!) Hiermit stehen die Preßerlasse des Ministers von Loebell im Zusammenhang.

Auf einen heftigen Vorstoß folgte eine Abschwächung und ein Rückzug. Trotzdem ist noch soviel bestehen geblieben, daß wir fordern müssen, die Regierung möge auf alle diese Mittel verzichten, um nicht neue Mißbräuche hervorzurufen. Sie kann auch ohne eine solche Korrespondenz ihre Meinung sagen. Einverstanden sind wir damit, daß die Zensur die Erörterung der Kriegsziele verbietet. Dafür ist die Zeit noch nicht gekommen. (Sehr richtig! links). Was darüber ins Ausland dringt, stiftet nur Schaden. Jede Forderung reizt zum Widerstand. Es ist richtiger, wenig oder gar nichts zu sagen. (Sehr richtig! links.) Man muß für das Vaterland auch einmal schweigen können. Mögen die militärischen Erfolge in einer Sprache reden, die von den feindlichen Diplomaten nicht überhört werden kann. Allgemein kann ich in Uebereinstimmung mit der Reichstagsfraktion und unserem Zentralausschuß sagen: Wir wollen einen Frieden, der unsere nationale Zukunft sichert, der uns militärisch die Grenzen gibt, die wir zur Verteidigung brauchen, und der uns wirtschaftlich in die Lage setzt, die Kräfte zu entfalten, die dem deutschen Wesen innewohnen. (Lebhafter Beifall links.) Das ist unser Friedensziel.

Die Thronrede bezeichnet Preußen als den stolzen Hort, als den starken Träger des Reiches. Auch wir sind stolz auf das, was Preußen ist und was es leistet. Wir wissen und würdigen, was es für die Gründung des Reiches getan hat seit dem Zollverein bis Sedan und darüber hinaus. (Lebhafter Beifall.) Wir haben einen hohen Begriff von der Weltmachtstellung Preußens im Reich und den Pflichten, die damit verbunden sind. Aber über dem Text steht das Ganze, über Preußen steht das Reich. (Lebhafter Beifall links.) Der Abg. v. Heydebrand hat die Selbständigkeit der Einzelstaaten besonders stark betont. Gegenüber dieser Erklärung fühle ich mich veranlaßt, ein Bekenntnis zum Reiche abzulegen. (Lebhafter Beifall links.) Für partikularistische Strömungen ist heute weniger als je die Zeit. Den Reichsgedanken gilt es zu vertiefen, die Reichseinrichtungen fest zu verankern und alle Hemmungen auszuschalten. (Lebhafter Beifall links.) Alle deutschen Stämme wollen und sollen sich immer enger zusammenschließen. Der Reichsbau soll ein immer festeres Gefüge erhalten, so fest, daß er allen Stürmen trotzt, die vielleicht noch kommen werden, so fest, daß, wenn die Feinde künftig noch auf Zersplitterung und Zerfall hoffen, sie unheilbar verblendet sein müssen. (Lebhafter, wiederholter Beifall links.)

Abg. Herold (Ztr.):

Bei unserem neuen Etat waltet weitgehende Sparsamkeit. Durch das späte Eingreifen der Regierung in der Lebensmittelfrage sind die Klassengegensätze verschärft worden. Die Familien unserer Kriegsteilnehmer dürfen keinen Mangel leiden. Viele Stände sind durch den Krieg in eine schwierige Lage gekommen, namentlich auch die Festbesoldeten. Das Handwerk befindet sich vielfach in einer schwierigen Lage. Die Maßnahmen der Kriegsverwaltung zur Berücksichtigung der Handwerker und Handwerkervereinigungen verdienen volle Anerkennung. Auf die Zensur und auf die Kriegsziele will ich nicht eingehen; nur soviel: Je länger der Krieg dauert, desto größere Garantien müssen wir verlangen, auch, wenn es nötig ist, durch Gebietserweiterungen. Die Volksernährungsentwicklung nach dem Kriege erfordert unsere größte Aufmerksamkeit; hiermit hängt auch die Kleinwohnungsnot zusammen. Bei den Steuerzuschlägen muß die Kinderzahl berücksichtigt werden. Wir haben stets die Notwendigkeit einer Wahlreform anerkannt. Mindestens die geheime Wahl müßte eingeführt werden. Jetzt müssen wir erst einmal die Vorlage abwarten. Wie die alten Parteigegensätze hier wieder aufleben, zeigen schon die Reden beider Vorredner. (Sehr richtig!) Wie lange der Krieg auch dauern mag, wir halten durch! Nahrungsmittelmangel zwingt uns niemals zum Frieden. Der Verurteilung des Verhaltens Englands in dem Baralong-Fall durch den Reichstag schließt sich das Abgeordnetenhaus an. (Allgemeine Zustimmung.) Es gibt keine Worte, die hinreichen, um unserer Empörung und unserem Abscheu über diese Unart hinreichend Ausdruck zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Das Defizit des Finanzjahres 1914/15 auf eine Defizitanleihe zu entnehmen, halten auch wir unmöglich und stimmen deshalb grundsätzlich der Erhöhung der Steuerzuschläge zu. — Leider ist immer noch kein Friede in Aussicht. Keine Partei hat solche Vorschläge gemacht oder sich bereit erklärt, unter solchen Bedingungen in Verhandlungen über den Frieden einzutreten, die dem Gegner nicht verlangte, anzuerkennen, daß er besiegt ist. Wir weisen jede Annexionspolitik zurück. Kein Volk kann bei der gegenwärtigen Machtverteilung erwarten, so gewaltig zu siegen, daß es dem Gegner die Friedensbedingungen vorschreiben kann. Wir verlangen mit aller Entschiedenheit, daß unsere Regierung mit Friedensangeboten vorangeht. Bei der Lebensmittelversorgung haben wir immer wieder die Erfahrung gemacht, daß wir in richtigen Weg gewiesen.

Leider hat man unsere Vorschläge nicht rechtzeitig berücksichtigt. Die Regierung hat die Interessen der Produzenten allzusehr geschont. Den Vorwurf des Wuchers kann man nicht gegen die Landwirtschaft in ihrer Allgemeinheit erheben. — Wer viel hat, kann viel entbehren, ohne zu darben. Aber die Regierung kennt nicht die Not des Volkes. Durch den Einfluß des Landwirtschaftsministeriums ist leider manche weise Maßnahme der Reichsregierung unterblieben. Die Zensur ist mit der Dauer des Krieges nur immer schlimmer geworden. Mit dem Vertuschungssystem erreicht man nichts. Die Erhöhung des Kriegsbeihilfesonds um weitere 110 Millionen findet unseren vollen Beifall. Die Notlage der Arbeiter in dem Textilgewerbe ist eine Folge der Maßnahmen der Militärverwaltung. Infolgedessen haben zahlreiche Bundesstaaten eine Hilfstätigkeit für die Textilarbeiter eingeleitet. Preußen hat hier bisher versagt. Neben den staatlichen Beihilfen können sich auch die gewerkschaftlichen Unterstützungen der Angehörigen der Kriegsteilnehmer sehen lassen.

Nach Beendigung des Krieges steht eine große Kleinwohnungsnot, verbunden mit starker Arbeitslosigkeit zu befürchten. Gerade jetzt ist bei dem allgemeinen patriotischen Opferwillen die beste Zeit zu einer organischen Steuerreform. Die Politik den Nadelstiche gegenüber den Sozialdemokraten hat man im allgemeinen aufgegeben, aber wenn macht doch manchmal einen Unterschied, je nachdem der betreffende Sozialdemokrat sich zur Mehrheit oder Minderheit der Reichstagsfraktion bekennt.

Nun das Wahlrecht! Herr von Heydebrand hat das Dreiklassenwahlrecht als sein Ideal bezeichnet. Da werden wir wieder erbitterte Kämpfe bekommen. Die Spuren der Vorlage von 1909 schrecken! Die Konservativen scheinen der neuen Vorlage eine noch schärfere Gegnerschaft bereiten zu wollen. Der anerkennenden Worte des Finanzministers für die Frauen werden wir uns erinnern, wenn es um das Frauenwahlrecht geht. Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist ein Naturrecht, das man dem Volke nicht vorenthalten kann. Für das geheime und direkte Wahlrecht besteht in Haus ein Mehrheit. Auch wir wissen, welchen Dank wir unseren braven Truppen draußen im Felde schulden und schulden denen, die das wirtschaftliche Leben aufrechterhalten haben. Aber nicht Worte, sondern Taten gilt es! (Beifall.)

Minister des Innern v. Loebell:

17 Monate schon stehen wir siegreich einer Welt von Feinden gegenüber. Fest stehen unsere Truppen auf allen Fronten. Einzig steht dieser Erfolg in der Weltgeschichte da. Die Feinde wollten, als sie das friedliche Deutschland überfielen, uns zertrümmern und zerstückeln und unsere Grenzlande als willkommene Beute unter sich verteilen. Sie haben es nicht vermocht. Einig scharte sich das Volk um den Kaiser und mit einem Heldentum ohne gleichen brachte es seine Opfer. Wir wollen einen ruhmvollen Frieden, der uns unsere Zukunft gewährleistet, der es unmöglich macht, daß wir noch einmal durch einen konzentrischen Angriff überrascht und von allen Seiten überfallen werden. Immer schwerer wird der Krieg, immer gefahrreicher werden die Wunden, die er schlägt. Stündlich denken wir an die Helden, die ihr Leben für Deutschlands Zukunft opfern. Aber es muß alles getragen werden, bis das Ziel erreicht ist. Ein Geist, ein Wille, ein Herz erfüllt das Volk! (Zurufe der Soz.) Gegen Sie (zu den Soz.). Ihre Ansichten nachher, wenn wir Ihre Reden ertragen müssen. (Zustimmung.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160118030/fragment/page=0002

Es ist bedauerlich, daß in diesem Hause eine Erklärung abgegeben worden ist, die ihrem ganzen Inhalt nach der Ueberzeugung und dem Willen des deutschen Volkes widerspricht (sehr wahr!), die nur im feindlichen Auslande Gefallen und Beifall finden wird. (Zustimmung, Widerspruch b. d. Soz.) Das deutsche Volk hat für Geist und Sinn dieser Erklärung kein Verständnis. (Zurufe b. d. Soz.: Woher wissen Sie das?) Diese Erklärung ist nicht im Einklang mit dem wahren Volksgeist dieser Heldenzeit und wird vor allem nicht verstanden werden von denen, die jetzt draußen kämpfen. Wenn die Wahrheit den Zugang zu den feindlichen Ländern noch nicht ganz verloren hat, so wird man dort verstehen, was die Kundgebungen der Vertreter der anderen Parteien zu bedeuten haben. Das Deutsche Reich muß sich mit Blut und Eisen seinen Weg bahnen zur Erfüllung seiner weltpolitischen Bestimmung. (Abg. Strobel: Welcher?) Wir Preußen sind ja darauf, daß der Geist des vielgeschmähten Militarismus sich in der Schule des preußischen Staates groß geworden ist, den Feinden zum Schrecken, dem Vaterlande zum Segen. (Beifall.)

Deutlicher als alles hat die Belastungsprobe des Weltkrieges bewiesen, wie leistungsfähig und anpassungsfähig die Organisation des preußischen Staates ist. Der Dank gebührt den Organen der Staatsverwaltung sowohl wie den Organen der Selbstverwaltung, die mit äußerster Anspannung den Anforderungen gerecht geworden sind. Die Ernährungsfragen haben sehen von uns so unmittelbar getroffen, daß die Objektivität des Urteils eine Frage zweiter Ordnung geworden ist, vielleicht auch werden mußte. Aber die Lösung der Ernährungsfragen wäre nicht möglich gewesen ohne die Leistungen der deutschen Landwirtschaft, die gegenwärtig die erste in der Welt ist und ohne die unermüdliche, pflichttreue Arbeit der Verwaltung. So werden uns auch im Wirtschaftskrieg die Feinde den Sieg unter keinen Umständen abringen können. Wir hatten wohl Sorgen, aber wir haben keine Not.

Die Arbeiten an dem Wiederaufbau Ostpreußens schreiten rüstig fort. Jeder Deutsche weiß und muß wissen, daß, solange die Waffen nicht ruhen, die Aufgaben des öffentlichen Lebens der Friedenszeit nur unter Ausschluß der Männer, die draußen vor dem Feinde stehen, in Angriff genommen werden könnten. Diese Männer aber sollen und wollen daran teilnehmen. Bis Deutschlands Krieger wieder heimkehren, müssen sich diejenigen gedulden, die Wünsche für die Lösung großer nationaler Aufgaben haben. Niemals ließ ein Krieg weniger Gedanken frei für Aufgaben des Friedens als dieser. Kein guter Gedanke, kein kräftiger Entschluß darf sein gewaltigen Aufgaben dieses Krieges verloren gehen. Heute, wo das gesamte deutsche Volk die Hoffnung auf die bisher unerreichbare oder unerfüllbare Gewährung des einen oder anderen Wunsches noch hinausschieben muß, heute halten auch die Parteien zusammen im Wunsche nach siegreicher Beendigung des Krieges. Die Regierung wird das Ihre tun. Um diese Einmütigkeit weiter zu bewahren. Aber Sie wissen ebenso wie die Regierung, daß es nicht die extremen Forderungen sind, die die Parteien zusammen zu führen vermögen.

Die Regierung hat die Pflicht, darüber zu wachen, daß der preußische Staat mit seiner historisch gerechtfertigten Eigenart und Gestaltung erhalten bleibt, denn sie fühlt sich für diese Aufrechterhaltung vor der Weltgeschichte verantwortlich. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß die Regierung über der Bewältigung der dringenden Kriegsarbeit nach dem Maße begrenzter Kräfte und sehr begrenzter Zeit auch Aufgaben ins Auge faßt für die kommende glückliche Friedenszeit. Die volle Summe dieser Aufgaben wird erst übersehen und ausgemessen werden können, wenn die Wirkungen des Krieges auf politischem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet sich übersehen lassen, wenn die Grenzen des Vaterlandes feststehen. Denn dieser Krieg bedeutet einen so gewaltigen und tiefen Eingriff in das Leben von Volk und Staat, daß man nicht im einzelnen schon jetzt Aenderungen auf dem Gebiete der Politik und Verwaltung, die dem Kriege nachfolgen sollen, bestimmen kann. Das würde bedeuten, die geschichtliche Entwicklung zu überholen. Es muß da abgewartet werden, bis auch Preußen in der Lage ist, die sich dann ergebenden Forderungen der Zeit aufzunehmen, ohne sich von ihnen fortreißen zu lassen.

Zu den Forderungen und Aufgaben, die die Regierung für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht genommen, gehört, wie ich ausdrücklich betone, eine Aenderung der für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Jetzt kann eine endgültige Lösung dieser vor dem Kriege in Angriff genommenen, aber nicht beendeten Frage nicht erfolgen. Sollte der Gedanke aufgekommen sein, als bedeute die Lösung dieser Frage so etwas wie ein politisches Entgelt für die patriotische Pflichterfüllung auch der politischen Kreise, denen die Frage besondere Herzenssache war, so weise ich diesen Gedanken ganz entschieden zurück. Die Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterlande trägt ihren Lohn in der Befriedigung des eigenen Pflichtbewußtseins. Politische Belohnungen für Vaterlandsliebe gibt es nicht. Mit der Pflicht, die jeder Deutsche hat, der selbstlosen Hingabe an das Vaterland, hat diese politische Frage nichts zu tun. Es sind Kriegserfahrungen anderer Art, die die Regierung bestimmen. Sie erkennt in dem Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, der sich im Kriege so sieghaft bewährt hat, die Sicherheiten, die die politischen Voraussetzungen für das Gelingen des wichtigen gesetzgeberischen Werkes sind, die, wie wiederholt von dieser Stelle betont worden ist, in den vergangenen Friedenszeiten gefehlt haben.

Die Regierung weiß, wie diese umstrittene Frage jahrelang die Parteien voneinander getrennt hat. Sie sieht es hier in der jetzigen Zeit gewonnenen Einmütigkeit der Parteien einen kostbaren Gewinn der Kriegszeit, daß sie nicht alles tun wird, ihn zu erhalten. Die Regierung ist deshalb auch entschlossen, wenn die Waffen ruhen und das politische Leben in Preußen und Deutschland wieder eingezogen sein wird, es von dieser umstrittenen Frage dauernd zu entlasten. (Bravo.) Die Regierung hofft und erwartet, daß sie alle Parteien an ihrer Seite finden wird, wenn sie dem Abgeordnetenhause für seine Beratungen die gesetzgeberischen Unterlagen unterbreitet. Das wird nach dem Kriege der Fall sein. Bis dahin muß diese Frage vom politischen Leben ferngehalten werden. Ich hoffe das von den Verhandlungen dieses Hauses und auch von den Auseinandersetzungen in der Oeffentlichkeit. Noch ist es Krieg. Wir haben nichts als Kriegsdienst zu tun. Aber wenn einst die Siegesglocken verhallt sind, dann ist es Zeit, an unsere innerpolitischen Sorgen heranzugehen. Daß uns diese innerpolitischen Sorgen nicht zur nationalen Not werden, das hofft die Regierung, das ist auch ein deutsches Kriegsziel.

Ein Gegenstand weiterer Prüfung nach dem Kriege ist die Lösung der hart umstrittenen Gesetzgebungs- und Verwaltungspraxis gegenüber den preußischen Staatsangehörigen polnischer Abkunft. Etwas Endgültiges kann auch hier mitten im Kriege nicht geschehen, um so weniger angesichts der Tatsache, daß möglicherweise die Verhältnisse jenseits der preußischen Grenze nach dem Kriege nach der einen oder anderen Seite eine geänderte Gestaltung finden können. Die Preußen polnischer Abkunft mögen sich mit der Sicherheit begnügen, daß die Prüfung ihrer Interessen mit all der Objektivität und dem Wohlwollen erfolgen wird, auf das die Haltung der preußischen Polen in diesem deutschen Existenzkampfe Anspruch hat. Bis dahin müssen sich die Polen mit dem guten Willen und mit einer entgegenkommenden Handhabung der geltenden Gesetze begnügen.

Auch Anhängern der sozialdemokratischen Partei gegenüber hat die Regierung der Tatsache Rechnung getragen, daß die Gegensätze der Parteien aufgegangen sind in der großen Pflicht, das Vaterland zu verteidigen, den heimischen Boden gegen feindliche Angriffe zu schützen. Das Kaiserwort, daß es keine Parteien in diesem Kriege gibt, war für die Regierung maßgebend. Die Regierung hofft, daß die große Mehrheit der sozialdemokratischen Partei auch im Frieden den Weg weiter gehen wird, den sie bei Kriegsausbruch zum Segen Deutschlands beschritten hat. Die Regierung wird das Ihre tun, um der Sozialdemokratie diesen Weg nicht schwer zu machen. Die Fülle der Gegensätze läßt sich ganz gewiß nicht ausgleichen. Das wird niemand erwarten und niemand verlangen. Aber an der Hoffnung wollen wir festhalten, daß wie im Kriege, so auch in der Friedenszeit in großen Fragen, vor allem in nationalen Lebensfragen, die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei ihren Platz auf dem Boden des Staatsgedankens, an der Seite der anderen Parteien suchen und finden wird. Die schweren Monate des Krieges haben uns viel genommen, aber auch viel gegeben. Wir wußten gar nicht, wie stark wir waren. Jetzt wissen wir es und wollen es nie vergessen. (Vereinzeltes Bravo! Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Beifall auf keiner Seite! Heiterkeit und Widerspruch.)

Abg. Dr. Friedberg (Natl.)

Wenn es der Regierung gelingt, den Geist der Einmütigkeit mit in die Friedenszeit hinüber zu nehmen, so wird sie sich damit den Dank des Vaterlandes erwerben. Wenn nach dem Kriege die politischen Gegensätze wieder auftauchen werden, so wollen wir dabei doch nicht vergessen, welch gewaltigen Kampf wir jetzt haben führen müssen und daß wir alle Söhne eines Volkes sind. (Lebhafter Beifall.) Für häßt bedenklich heute ich es, in diesem Hause ein Urteil zu fällen über die Haltung eines neutralen Landes, auch wenn es sich dabei nur um eine formelle Neutralität handelt. Das kann Folgen haben, deren Tragweite sich nicht übersehen lassen. (Sehr richtig! links.) Der Abgeordnete Hirsch hat ein recht eigentümliches Friedensprogramm entwickelt. Er verlangt vom Reichskanzler, er möge öffentlich und in aller Form sich gegen Annexionen aussprechen. Der Reichskanzler würde nach meiner Meinung einen außerordentlich schweren Fehler begehen, wenn er das täte. Einmal trägt er für die Ausführungen einzelner seine Verantwortung und dann dürfen wir doch nicht übersehen, daß sich seine Kollegen in den feindlichen Ländern nicht der mindesten Zurückhaltung befleißigen. In den feindlichen Ländern werden die Tendenzen nach nationaler Ausdehnung nicht nur nicht gehemmt, sondern von den Regierungen direkt gefördert. (Sehr richtig!)

Niemals ist bei uns ein Wort gefallen, daß wir den politischen Staatsverband irgendeines anderen Landes zerstören wollen. Aber in England hat man sich nicht gescheut, auszusprechen, daß man Deutschland zerschlagen, daß man Deutschland zum alten Zustand bundesstaatlicher Ohnmacht zurückwerfen müsse. Gegenüber solchen Aeußerungen soll nun der Reichskanzler sich gezwungen sehen, die von dem Abg. Hirsch gewünschte Erklärung abzugeben. Der Abg. Hirsch spricht weiter von der freien Vereinbarung der Völker und ihrer demokratischen Organisation durch die die Zukunft geordnet werden müßte. Wenn aber die Zukunft der Völker nicht anders geregelt würde als durch die freie Vereinbarung, so möchte ich einmal sehen, wie Deutschland dann bestehen würde. Lebhaftes Sehr richtig! Die Demokratie jedenfalls hat noch niemals dazu beigetragen, friedfertige Tendenzen zu fördern, sie hat im Gegenteil sehr oft nur dazu gedient, die Völkerleidenschaften aufzuwühlen. Ganz anders die Monarchie, wo die Leidenschaften des Volkes durch andere Faktoren gezügelt werden. Der Abg. Hirsch hat weiter die eigentümliche Ansicht ausgesprochen, daß das internationale Proletariat den Frieden herbeiführen würde.

Ich will sogar so weit gehen, Ihnen anzugeben, daß ich den radikalen sozialistischen Standpunkt begreifen könnte, wenn ich ihn mir auch selbstverständlich niemals zu eigen machen würde, jenen Standpunkt, wonach es heißt: Wir internationalen organisierten Arbeiter lehnen den Krieg ab, wir widersetzen uns mit allen Kräften und wir werden dafür sorgen, daß er ein Ende nimmt. Aber von der konsequenten Innehaltung des Standpunktes ist da nirgends die Rede. (Lebhaftes Sehr richtig! auf allen Seiten des Hauses.) Die ganze internationale Arbeiterschaft in den feindlichen Ländern stimmt ja mit Jubel in den Ruf ein: Deutschland muß vernichtet werden! (Allgemeines Sehr richtig!) Was ist denn in England ein Sozialdemokrat zu finden, der nicht damit übereinstimmt, daß Deutschland unter allen Umständen wirtschaftlich und politisch total heruntergebracht werden muß? (Ruf links: Total unrichtig! — Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz:

bittet die häufigen Zwischenrufe zu unterlassen. — (Abg. Hoffmann (Soz.) ruft: Sie wollen uns ja keine Gelegenheit zur Antwort mehr geben!)

Abg. Dr. Friedberg fährt fort:

Der Abg. Hirsch hat dann weiter von Belgien gesprochen und gefordert, daß wir Belgiens politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wiederherstellen sollten. Es wäre aber doch das Unrichtige, was wir tun könnten, wenn wir das Unterjochte, das wir in Händen halten, den Feinde wieder ausliefern würden. (Die Sozialdemokraten rufen: Nach dem Friedensschluß!) Am 4. August war allerdings der Herr Reichskanzler davon ausgegangen, daß Belgien ein neutrales Land gewesen sei, und er hat den Durchbruch damit verteidigt, daß er es ein Gebot der Selbsterhaltung nannte, wenn wir auf diese Weise unsere ungedeckte Nordwestfront schützen. Aber seither ist doch klar geworden, daß Belgien gar nicht das neutrale Land gewesen ist, als das es uns noch damals erschien. Wir haben inzwischen erfahren, daß es schon seit Jahren mit unseren Feinden unter einer Decke steckte. Da darf man doch nicht in der Weise, wie es der Abg. Hirsch tat, dem Reichskanzler zumuten, Belgien entgegenzukommen. (Sehr richtig!)

Warum hat der Abg. Hirsch nicht mit dem Ausdruck der Entrüstung gesprochen von der Vergewaltigung eines Staates wie Griechenland? (Lebhafte Zustimmung.) Da liegen die Verhältnisse noch wesentlich anders. Wir haben von Belgien nur freien Durchzug für unsere Truppen verlangt; aber von Griechenland wird verlangt, daß es wider seinen Willen und sein eigenes Interesse aus der Neutralität heraustritt und sich unseren Feinden anschließt. Eine derartige Vergewaltigung eines freien Volkes ist von unserer Seite niemals versucht worden. Demgegenüber darf man nicht verlangen, daß die deutsche Regierung vorangehen soll mit Friedensangeboten. (Sehr richtig.) Den gewollten Zweck würde man damit sicher nicht erreichen. Im Gegenteil. Aus den Ausführungen des Reichskanzlers, in denen er die Bereitwilligkeit erklärte, Friedensbedingungen, die an uns gelangen, zu prüfen, hat man im feindlichen Ausland Anlaß zur Verschärfung der Kriegsstimmung genommen. Schon das ist uns als Schwäche ausgelegt worden und hat dazu dienen müssen, den gesunkenen Mut im feindlichen Lager wieder anzufachen. Ich glaube, die Politik, die uns von sozialdemokratischer Seite angesonnen wird, kann selbst demjenigen, der den Frieden im Interesse unseres Volkes wünscht — und das wünschen wir ja alle —, nicht als ein annehmbarer Weg erscheinen. Ich glaube im Gegenteil, die Ausführungen des Abg. Hirsch werden die Wirkung haben, das Ausland zu ermutigen. (Sehr richtig!)

Die Rede des Ministers hat wohl auf allen Seiten des Hauses Beifall gefunden. Besonders dankbar begrüßen wir es, daß in der Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und ihre Familien energisch fortgefahren werden soll. Auch wir stimmen der Anregung des Abg. Hisch zu, daß nach dem Kriege vor allem einer Wohnungsnot vorgebeugt werden muß. Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage möchte ich voranstellen, daß der Etat mit außerordentlich großer Sparsamkeit aufgestellt ist, wie das jetzt auch dringend geboten ist. Es will mir aber nicht angängig erscheinen, die neue Steuervorlage mit dem Defizit bei der Eisenbahn zu begründen. Da müßte doch vor allem untersucht werden, ob dieses Defizit voraussichtlich wiederkehren wird. Im Jahre 1908 hatten wir über 200 Millionen Defizit, und Finanzminister von Rheinbaben verlangte daraufhin 5 Millionen neue Steuern. Es zeigte sich aber in den folgenden Jahren, daß an die Stelle des Defizits wieder erhebliche Ueberschüsse traten. Diese Erfahrungen machen es uns schwer, selbst den Prophezeiungen der gewiegtesten Finanzkenner bei der Begründung neuer Steuervorlagen zu folgen.

Entscheidend für die Beurteilung der Eisenbahneinnahmen ist das Jahr 1915, und darüber wissen wir noch nichts. Wir werden nach dem Krieg auch mit geänderten Eisenbahneinnahmen rechnen müssen. Wenn die künftige Wirtschaftslage auch außerordentlich widerspruchsvoll beurteilt wird, so steht doch fest, daß der Krieg eine Menge von Gütern zerstört hat, die unbedingt wieder hergestellt werden müssen. Aus diesen Gründen wird das Transportgewerbe aufblühen, und auch die Eisenbahn wird einen sehr großen Verkehr haben. Mit dem Rückgang der Eisenbahneinnahmen kann man also neue Steuervorlagen nicht begründen. Wir sind für die Schaffung stiller Reserven bei der Eisenbahn durch reichliche Ausstattung der Betriebsfonds und des Ausgleichsfonds.

Daß gespart werden muß und daß sich jeder einzelne Steuerzahler einschränken muß, das ist selbstverständlich. Auch daß neue Mittel aufgebracht werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber wir müssen uns vorbehalten die vorgeschlagenen Erhöhungen und ihre Notwendigkeit im einzelnen zu prüfen. Wenn es möglich ist, daß eine Aktiengesellschaft mit einem Kriegsgewinn von rund 200 000 Mark davon 136 000 Mark in Form von Steuern abgeben muß, dann gibt das doch zu denken. Kommen wir zu der Ueberzeugung, daß die vorgeschlagenen Zuschläge notwendig sind, so werden wir vor der Verantwortung nicht zurückschrecken und der Bevölkerung eine neue Last auferlegen. Die Stellung meiner Partei zur Wahlrechtsfrage ist bekannt. Wir sind mit der Regierung darin einig, daß die Reform des Wahlrechts eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist, daß aber auch diese Reform während der Kriegsdauer nicht gemacht werden kann. Während des Krieges muß das in den Vordergrund gestellt werden, was die Parteien auf dem Boden der Vaterlandsliebe eint und das Trennende muß zurücktreten.

Bei der Zensur geben wir gern zu, daß manchmal eine Trennung zwischen militärischen und politischen Dingen schwer ist. Wir verlangen aber auf alle Fälle eine gleichmäßige und gerechte Handhabung der Zensur. Wir bedauern, daß niemand vorhanden ist, der vor dem Parlament für die Handhabung der Zensur die Verantwortung trägt. (Sehr richtig! links.) Gutes etwas gibt es doch in keinem anderen Staate. Mit der Verhängung des Belagerungszustandes darf die politische Verantwortlichkeit der Regierung doch nicht völlig verschwinden und alles auf die Militärbehörde übergehen. Das wäre ein Zustand, der nicht aufrecht zu erhalten wäre. Das Gesetz über den Belagerungszustand ist eben veraltet. Wenn die Minister sich nicht selber nur als eine Dekoration betrachten, die von der Gnade der Militärbehörden geduldet wird, so müssen sie mit uns auf eine Aenderung des Gesetzes hinarbeiten. Mit seinen Pressеerlassen hat Minister v. Loebell seinen eigenen Absichten einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Er nimmt für sich das Recht in Anspruch, die Wahlen zu beeinflussen. Wenn wir im Frieden aber immer darüber Klage führten, die Regierung mische sich zugunsten einer bestimmten Partei in die Wahlen, so wurde uns stets vom Ministertisch erwidert, die Regierung stehe über den Parteien.

Das ist ein korrekter Standpunkt. Aber dann müssen wir auch dagegen Verwahrung einlegen, daß die Regierung Wahlen nach einer bestimmten Richtung zu beeinflussen versucht und daß dafür die Mittel, die doch von sämtlichen Steuerzahlern aufgebracht werden, benutzt werden. (Sehr richtig! links.) Im englischen Parlament hat kürzlich der Handelsminister gesagt, es müsse dafür gesorgt werden, daß auch nach dem Kriege Deutschland wirtschaftlich nicht wieder in die Höhe kommt. Damit hat England sein wahres Gesicht gezeigt. Man will ein Volk von 70 Millionen wirtschaftlich verkümmern und verarmen lassen. Wenn dieser Mann von Deutschlands wirtschaftlicher Kraft, für die auch der vorliegende Etat ein Beweis ist, auch nur eine blasse Ahnung hätte, so müßte er sich sagen, daß ein deutsches Volk sich nicht ausbungern läßt, ja, das aus jeder Erschütterung mit neuer Kraft hervorgeht. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen in Treue und Einigkeit an der deutschen Kulturarbeit weiterarbeiten. Dann wird Deutschland siegreich seinen Platz behaupten, den es unter den Völkern des Erdballes errungen hat, und es wird nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und kulturell der Sieger sein. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz macht dem Hause Mitteilung von der Kapitulation Montenegros und fügt hinzu: Vivat sequens und den letzten beißen die Hunde! (Heiterer Beifall!)

Finanzminister Dr. Lentze:

Bei der Einbringung der neuen Steuervorlage war ich mir bewußt, daß sie nicht überall im Lande eitle Freude hervorrufen würde. Die Notwendigkeit dieser Steuer mußte aber die Bedenken überwinden. Abg. Dr. Friedberger hat meine Etatrede doch wesentlich mißverstanden. Ich habe die Steuervorlage nicht mit dem Fehlbetrage bei den Eisenbahnen begründet, sondern mit dem Fehlbetrag von 116 Millionen bei den Einnahmen der allgemeinen Staatsverwaltung. Der Rückgang ist eingetreten bei den gesamten Staatseinnahmen, den direkten, indirekten Steuern, der Lotterie, der Bergverwaltung usw. Wir wollen doch nicht den finanziell unhaltbaren Zustand eintreten lassen, die Anleihezinsen durch neue Anleihen zu decken. Darum hat sich das Staatsministerium zu seiner Steuervorlage entschlossen.

Abg. Freiherr v. Zedlitz:

Mir scheint, in der Kriegszeit haben Ausführungen über die Finanzierung der Eisenbahnen lediglich theoretischen Wert. Die Tatsache, daß wir genötigt sind, an die Steuerkraft der Bevölkerung in erheblichem Maße zu appellieren, macht den Hinweis notwendig, daß, wie im Privathaushalt so auch im Staatshaushalt möglichst sparsam und einfach gewirtschaftet werden muß. Der Finanzminister hat bei der Aufstellung des Etats diesen Grundsatz im allgemeinen durchgeführt, aber in einem Punkte werden wir noch sparsamer sein müssen. Die außerordentlich guten Leistungen unserer Selbstverwaltungsorgane weisen darauf hin, daß wir in der Folge unsere Beamtenzahl erheblich einschränken können, ohne daß das Wohl des Staates darunter leidet. (Sehr richtig!)

Auf dem Gebiete der Eisenbahnen dürfen wir allerdings nicht eine unangemessene Sparsamkeit üben. Für das wirtschaftliche Durchhalten im Kriege ist die Erhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahnen von größter Bedeutung, und ebenso wichtig ist es auch, daß in der Zeit nach dem Kriege unsere Eisenbahnen wieder zur vollen Höhe ihrer Leistungsfähigkeit gebracht werden. Es ist erfreulich, daß trotz der sparsamen Wirtschaft ein Mehrbetrag von 2 Millionen für die innere Kolonisation in den Etat eingestellt worden ist. Die innere Kolonisation wird noch eine viel größere Bedeutung gewinnen, wenn wir in der neugewonnenen Ländern sie durchführen können, um neues Bauerntum zu schaffen. (Beifall.)

Zu begrüßen ist die Aufsendung von 100 Millionen zur Beschaffung von Futtermitteln, um so die Schlachtviehhaltung zu fördern. Ich hoffe, daß die Frühjahrsbestellung durch ausreichende Beurlaubungen auch von der Heeresverwaltung gefordert werden wird. Bei den Steuerfragen muß es das Ziel sein, die Steuerleistung der Steuerkraft anzupassen. Die Einkommen- und Ergänzungssteuern müssen den Bundesstaaten ganz verbleiben. Das Reich darf in dies Gebiet nicht eingreifen, und der frühere Eingriff muß wieder rückgängig gemacht werden. Ich hoffe, daß das Reich sich diesmal beschränken wird auf die indirekten Steuern und den Verkehr, hat sich doch sogar das „Berliner Tageblatt", das früher zu den lautesten Schreiern nach direkten Reichssteuern gehörte, jetzt zu einem anderen Standpunkt bekehrt. In der allgemeinen Politik müssen wir uns mit dem unendlichen Wirklichkeitssinn ausrüsten. Die Frage, ob es zweckmäßig ist, die Wahlrechtsfrage in einer Thronrede zu erörtern, hatten meine Freunde nach den mißlichen früheren Erfahrungen mit einer Thronrede dennoch. Auch in die neue Thronrede ist schon alles mögliche hineingelesen worden.

Conrad Haußmann deutete die Bemerkung schon so, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen damit gemeint sei. Ich kenn wohl, ohne den Widerspruch der Regierung zu finden, erklären, daß die Thronrede nicht so gedeutet werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Meine Zweifel, ob jetzt schon die nötige Einmütigkeit der Parteien in der Wahlrechtsfrage besteht, sind durch die heutigen Ausführungen beinahe zur Gewißheit geworden. (Sehr gut! rechts.) Das deutsche Volk muß seinen Feinden einig gegenüberstehen. Die Lösung der großen Zukunftsaufgaben nach dem Krieg wird gefährdet, wenn die Wahlrechtsfrage jetzt von den Parteien

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160118030/fragment/page=0003

wird. Im Interesse des Landes darf erst daran gegangen werden, wenn unter den Parteien, die auf den Boden eines fachmäßig abgestuften Wahlrechts stehen, Einigkeit erzielt wird. Das Herz unseres Volkes ist nicht beim Wahlrecht, sondern bei unseren Fahnen im Schlachtfeld draußen. (Beifall rechts. — Abg. Hoffmann: Sie kennen das Herz noch lange nicht! — Unruhe rechts.) Ich kenne das Herz des Volkes genau. Die, die beiseite stehen, werden vom Volke als eine quantité négligable behandelt werden. (Lebhafter Beifall rechts, Unruhe bei den Soz.) Wir wollen in Einigkeit zusammenstehen bis zu einem Frieden, der uns gegen neue feindliche Ueberfälle sichert und uns eine Erweiterung unserer Grenzen bringt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Ströbel (Soz.)

wendet sich zur Geschäftsordnung gegen den Schlußantrag, der der Sozialdemokratie es nur unmöglich machen wolle zu antworten. Das sei eine eigenartige Wahrung des Burgfriedens. Der Schlußantrag sei ein Beweis für die schlotternde Angst vor der Wahrheit. (Lärmende Schlußrufe.) Ein Beweis dafür, wie die ungeheuren Opfer an Gut und Blut des Volkes gelohnt werden. (Großer Lärm und Pfuirufe. Anhaltendes Läuten des Präsidenten mit der Glocke. Der Redner spricht weiter, ist im Lärm aber nicht zu verstehen.)

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz:

Das ist ja ein vollständiges Novum. Wir bedanken uns für dieses neue Ausnahmegesetz. (Lärm.)

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz:

Die große Mehrheit des Hauses ist mit mir einig.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (Freikons.):

Wenn wirklich ein Mißverständnis bei der Rede des Abg. Hirsch vorliegt, so kann ja der Abg. Hirsch dies in einer persönlichen Bemerkung aufklären. Die Beschwerden der äußersten Linken sind also sachlich unbegründet. Die Form überlasse ich dem Urteil des Hauses. (Beifall.)

Abg. Ströbel:

Es handelt sich nicht um Mißverständnisse, sondern um törichte und unsinnige Entstellungen. (Ordnungsruf.)

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Auch ich protestiere gegen die neue Anordnung, daß die Stenographen nicht schreiben sollen, was nach dem Läuten der Glocke gesagt wird.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Um jedes Mißverständnis zu beseitigen, betone ich ausdrücklich, daß es mir nicht im Traume eingefallen ist, das Verlangen aufzustellen, jetzt Belgien zu räumen.

Der Etat geht an die verstärkte Budgetkommission.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 11 Uhr. Aenderung des Knappschaftsgesetzes und kleinere Vorlagen.

Schluß 5¼ Uhr.

Sport-Nachrichten.

Die Hallenwettkämpfe des Berliner Sportklubs, die dieser anläßlich seines zwanzigjährigen Bestehens am Sonntag in der Exerzierhalle des 4. Garderegiments zum Austrag brachte, gingen bei gutem Besuch und reger Beteiligung vor sich. Besonderes Interesse erregten die Klubmeisterschaften. Bei den Laufstrecken holte sich Glaser sowohl die 200-Meter-Meisterschaft in 26,5 Sek. vor Lawes (5 Meter zurück), wie die 100-Meter-Meisterschaft in 11,8 Sek. vor Wirth, während über 1000 Meter Simon in 3 Min. 2,5 Sek. vor Winter und Riedel siegte. Die Hochsprung-Meisterschaft gewann Reum mit der schönen Leistung von 1,70 Meter vor Kummer (1,69 Meter) und Teller (1,65 Meter), und die Meisterschaft im Kugelstoßen Willführ mit 10,65 Meter vor Mannheim mit 9,90 Meter. In dem von 45 Läufern bestrittenen 100-Meter-Vorgabelaufen siegte nach 7 Vorläufen Rädler in 12 Sek. (6 Meter Vorgabe) vor Reincke (6 Meter Vorgabe). Das Saal-Hockey-Spiel zwischen dem Berliner Sportklub und der Berliner Turnerschaft endete 1 : 1. Die übrigen Resultate waren: Meisterschaft für Jugendmitglieder im 50-Meter-Laufen: 1. Wirth 6,4 Sekunden; Kugelstoßen für Jugendmitglieder: 1. Krüger 11,65 m; achtmal 50 Meter Pendelstaffette: 1. 3. Mannschaft 1 Min. 3,2 Sekunden (28 Meter Vorgabe), 2. 1. Mannschaft (3 Meter zur.) (0 Meter Vorgabe); 2000-Meter-Vorgabelaufen: 1. Bock 6 Min. 22 Sek. (180 Meter Vorg.).

Die Thüringer Fußballspiele brachten folgende Ergebnisse: Fußballklub Karl Zeiß-Jena verliert in der Entscheidung um die Kriegsmeisterschaft in Saalfeld gegen den Fußballverein Saalfeld 1906 überraschend mit 0 : 2. Das Spiel, das unter Preßeisgeluft wurde, stand 5 Minuten vor Schluß 0 : 0. In Weimar schlägt der Ballspielklub Wimaria den Verein für Bewegungsspiele-Jena mit 4 : 2. In Erfurt verliert der Sportklub gegen den Sportklub Weimar mit 2 : 6, und in Gera (Reuß) gewinnt der Sportklub gegen den Sportklub Zwoezen mit 3 : 2.

Fußballergebnisse aus dem Reiche. Magdeburg: Sportverein Viktoria—Komet 4 : 0; Spielvereinigung—Sportklub 1900 1 : 2; Eintracht—Weißstoß 3 : 2. Nürnberg: Spielvereinigung Fürth—kombinierte Nürnberger A-, B- und C-Mannschaft 7 : 5.

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die letzte Abonnementsquittung beizufügen.)

Handels-Hochschule. Da die Aufnahmebedingungen an den verschiedenen Handels-Hochschulen verschieden sind, tun Sie am besten, sich einen Prospekt vom Sekretariat der Leipziger Handels-Hochschule kommen zu lassen, den Sie auf Wunsch unentgeltlich erhalten. — Da Ihre Tochter eine höhere Schulbildung genossen hat und bereits in einer kaufmännischen Stellung tätig ist, ist der Besuch einer Handels-Hochschule keineswegs unbedingt erforderlich. Es ist letzten Endes auch eine Kostenfrage, ob Sie sich noch das Studium an einer Handels-Hochschule leisten wollen, das Ihrer Tochter zweifellos wertvolle Kenntnisse vermitteln würde.

Hallischer Wetterbericht.

	16. Januar 9 Uhr abends	17. Januar 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	756.4	756.6
Thermometer Celsius.	+4,7	—2,8
Rel. Feuchtigkeit %	73%	60%
Wind	SW 3	SW 1

Maximum der Temperatur am 16. Januar: +6,4° C.
Minimum in der Nacht vom 16. Januar zum 17. Januar: —2,4° C
Niederschläge am 17. Januar 7 Uhr morgens: 0.0 mm.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom internationalen Zuckermarkt.

Der Verkehr an den deutschen Rohzuckermärkten hielt sich während der Berichtswoche in verhältnismäßig engen Grenzen. Angebot von sofort lieferbarer Rohware (Erstverzeugnisse) war kaum zu spüren. Das hängt mit der Verspätung der Verteilung der Rohware an die Verbrauchszuckerfabriken zusammen. Die Verteilung der Rohzuckermengen, die den Raffinerien in den Monaten Januar, Februar und März zufließen sollen, hat noch nicht beginnen können. Die Vorarbeiten für die Verteilung sind noch nicht beendet. Das ist auch durchaus verständlich. Es ist nicht leicht, den Rest der Erzeugung aufzuteilen, zumal noch eine Reihe von Rohzuckerfabriken mit der Rübenverarbeitung beschäftigt ist. Bis zu Ende des verflossenen Jahres sollten 55 Prozent der mutmaßlichen Erzeugung verteilt worden sein. Wahrscheinlich ist es mehr gewesen. Das ist aber kein Schade; man kann es den Rohzuckerfabriken nachfühlen, wenn sie bestrebt waren, die lagernden Mengen nach Möglichkeit schnell unterzubringen. Auch die Raffinerien und schließlich auch die Verbraucher können damit zufrieden sein. Unter den gegebenen Verhältnissen ist es naturgemäß schwierig, die richtige Verteilung vorzunehmen, zumal die Verschiedenheit der Güte der Ware und der Frachten in Betracht gezogen werden müssen. Wir haben aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer Erzeugung zu rechnen, die vollkommen ausreicht, selbst bei weiter steigendem Verbrauch. Gehofft hat uns allerdings die Erzeugung aus der Ernte 1914, von der man einen verhältnismäßig sehr großen Ueberschuß in das neue Betriebsjahr 1915/16 hinüberzunehmen konnte.

In Ware der zu erwartenden Ernte zur Lieferung fanden Geschäfte nur in geringem Umfange statt, die zum größten Teil unter der Hand abgeschlossen wurden. Es ist selbstverständlich, daß man die Entschlüsse der Reichsregierung abwartet, ehe man dazu übergeht, Geschäfte vorzunehmen, die einen Wechsel auf die noch ungeklärte Zukunft bedeuten. Zu erwarten ist die sehr baldige Verfügung der Reichsregierung über die Preise für Herbstware 1916. Hoffentlich ist es möglich, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen. Erfreulich ist jedenfalls die Erkenntnis, daß der Zucker nicht nur ein Genußmittel, sondern auch ein wichtiges Nahrungsmittel ist. Heute weiß man, welche Bedeutung dem Zucker zuzuschreiben ist.

Am Raffinademarkte fanden Geschäfte nur in beschränktem Umfange statt. Die Raffinerien haben kaum noch etwas abzugeben. Die Ware ist wohl vorhanden, aber die Raffinerie-Vereinigung hat bis jetzt zum Verkauf noch nichts freigegeben. Das wird wahrscheinlich schon in einigen Tagen eintreten. Es kommt darauf an, ob die Freigabe zum Verkauf ausreichend genug sein wird, um den Bedarf zu decken. Immer wieder betont muß werden, daß Zucker genügend vorhanden ist. Ein Mangel kann nur dann stattfinden, wenn unvernünftigerweise in privaten Haushaltungen Vorräte aufgehäuft werden. Die Herren Hamster sollen bedenken, daß sie sich schließlich selbst ins eigene Fleisch schneiden. Der Zucker ist eine Ware, die sich bei ungeeigneter Lagerung sehr bald verschlechtert. Der Fachausdruck dafür heißt: der Zucker „invertiert", er wird also minderwertig. Der Großhandel vermochte bemerkenswerte Geschäfte abzuschließen, und es kam dabei zur Lösung voller Preise. Die Abforderungen auf alte Abschlüsse waren verhältnismäßig reichlich. Beschränkt wurden sie durch Ablieferungen, die wiederum eingedämmt wurden durch die Behinderung des Schiffsverkehrs infolge andauernden Hochwassers.

Verkaufsvereinigung der Drahtgeflechtsfabriken. Die Preise für Drahtgeflechte sind neuerdings erhöht worden, und zwar durch Reduzierung der Rabattsätze. Gegenüber den Preisen, welche vor einem Jahre gültig waren, stellen sich die Geflechte um 40 Proz. höher. Die neue Erhöhung beträgt 15 Proz.

Verbandstag der deutschen Gummiwarenindustriellen. Unter diesem Namen ist eine neue Konvention gegründet worden. Gegenstand des neugegründeten Verbandes ist die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der deutschen Gummiwarenindustrie. Geschäftsführer ist Syndikus Dr. Siegfried Tschierschky-Düsseldorf

Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft Filiale Halle a. S. | Poststrasse 12. Fernsprecher Nr. 1382, 1383, 1692.

Zucker-Krankheit: jetzt heilbar, ohne besondere Diät. Von zahlreichen Ärzten erprobt und glänzend begutachtet. Hunderte freiwillige Dankschreiben Geheilter. Bei Nichterfolg Geld zurück. Broschüren kostenlos durch Apotheker Dr. A. Uecker, G. m. b. H. in Jessen 268 bei Gassen (L.) (Die ganze Kur kostet nur einige Pfennige pro Tag.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung
über Saatgetreide.

Vom 13. Januar 1916. Reichsgesetzblatt Seite 36.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel I.

Mit dem Beginne des 15. Januar 1916 ist alles im Reiche vorhandene Saatgetreide, soweit es aus der Beschlagnahme nach der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 363) freigeworden ist, für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es sich befindet. Saatgetreide, das sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Transporte befindet, wird für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es nach beendetem Transport abgeliefert wird.

Für das hiernach beschlagnahmte Saatgetreide gelten die Vorschriften der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915.

Wer mit dem Beginne des 15. Januar 1916 hiernach beschlagnahmtes Saatgetreide im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, es dem Kommunalverbande des Lagerorts bis zum 20. Januar 1916, getrennt nach Arten und Eigentümern, anzuzeigen. Saatgetreide der genannten Art, das sich zu dieser Zeit auf dem Transporte befindet, ist von den Empfängern unverzüglich nach dem Empfange dem Kommunalverband anzuzeigen. Der Kommunalverband hat der Reichsgetreidestelle bis zum 1. Februar 1916 Anzeige zu erstatten. In der Anzeige sind die einzelnen Brotgetreidearten getrennt aufzuführen.

Wer die ihm nach Abs. 3 Satz 1, 2 und 4 obliegende Anzeige nicht in der gesetzten Frist erstattet, oder wer wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

Artikel II.

In der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (R.G.Bl. S. 363 nebst der Aenderung dieser Verordnung vom 19. August 1915, R.G.Bl. S. 508) werden folgende Aenderungen vorgenommen:

1. im § 2 wird hinter 6 gestrichen: „a und b",
2. Im § 6 wird dem Abs. 1 b angefügt: „das gleiche gilt für erworbenes Saatgetreide. Als Satgetreide im Sinne dieser Verordnung gilt nur Saatgetreide, das nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verkaufe von Saatgetreide befaßt haben."
3. Im § 6 wird Abs. 1 c gestrichen.
4. Im § 7 wird hinter 6 gestrichen: „a und b".
5. Im b 9 Nr. 5 ist statt „§§ 5, 6" zu setzen „§ 5".
6. Im § 18 Abs. 2 ist vor „aufbewahrt" einzufügen „und das Saatgetreide".
7. Dem § 20 wird als Abs. 3 angefügt:
   Die Reichsgetreidestelle kann
   a) anerkanntes Saatgetreide auf Antrag des Erzeugers,
   b) Getreidemengen, die zur Aussaat im nächsten Wirtschaftsjahre benötigt werden,
   von der Anrechnung auf den Bedarfsanteil (§ 14 Abs. 1 e) oder auf die festgesetzten Mengen (§ 14 Abs. 1 f) ausnehmen.
8. Im § 32 erhält Abs. 3 folgende Fassung: „Diese Vorräte sowie die Vorräte nach § 20 Abs. 3 sind auszusondern und von der Enteignung auszunehmen; sie werden mit der Aussonderung von der Beschlagnahme nicht frei."

Artikel III.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 13. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Helfferich.

Bekanntmachung.

Städtischer Fleischverkauf.

In den städtischen Verkaufsstellen, auf dem Hallmarkte und dem Schlachthofe, beginnt am Mittwoch, den 19. Januar, der Verkauf von gesalzenem ausländischen Schweinefleisch.

Das Fleisch wird an jedermann zum Preise von 2 Mark das Pfund abgegeben.

Der Verkauf findet der übrigen städtischen Fleischwaren wird in der bisherigen Weise fortgesetzt.

Halle a. S., den 18. Januar 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nach einem Erlasse des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe können zum Besuche der hiesigen staatlich-städtischen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen staatliche Stipendien gewährt werden.

Anträge auf Verleihung für das Sommerhalbjahr 1916 sind bis zum 1. Februar d. Js. an die Schulvorsteherin Frau Gehrts-Wildhagen einzureichen.

Die Anträge müssen enthalten:

a) einen selbstverfaßten und geschriebenen Lebenslauf der Bewerberin,
b) behördliche Auskunft über ihre Führung, sowie ihre und ihrer Eltern Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse,
c) das Abgangs- oder letzte Zeugnis der Bewerberin aus der Volksschule oder der sonst von ihr besuchten höheren Schule, ein Zeugnis über ihre Führung und Leistungen auf der Handels- und Gewerbeschule, sowie etwaige weitere Zeugnisse über ihre Leistungen in der Praxis und auf früher besuchten gewerblichen Fachschulen.

Bei Wiederholung von Anträgen, welche in früherer Zeit bereits berücksichtigt worden sind, ist die Beibringung der Unterlagen unter a bis c nicht mehr erforderlich; es genügt die Einreichung eines neuen Gesuches.

Halle, im Januar 1916.

Der Schulvorstand der staatlich-städtischen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen.

Verdingung von A. 3442 Stück Achsbuchsen für Wagen und Tender aus Eisenguß und Flußeisenguß, fertig bearbeitet, in 5 Losen; 1284 Stück Achsbuchsbüchsenteilen für Wagen, unbearbeitet, aus Eisenguß, in 4 Losen; 18 5 Stück Achsbuchsunterteilen aus Flußeisenguß und Achsbuchsdeckeln aus Tempergut in 5 Losen. B. 783000 kg Stahlgußremsklötzen in 4 Losen für den Beschaffungsbezirk Berlin mit der im Angebot angegebenen Lieferfrist. **Angebote** sind portofrei, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift bis zum 15. Februar 1916, vormittags 10 Uhr, an das Zentralbureau Zimmer 257 in Berlin W 35, Schöneberger Ufer 1—4, einzureichen. Die Eröffnung der Angebote findet am 15. Februar 1916, vormittags 10½ Uhr, Tempelhofer Ufer 28 III, Zimmer Nr. 4, statt. Angebotsbogen und Bedingungen können in unserem Zentralbureau, Zimmer 257, eingesehen, auch von dort gegen portofreie Einsendung von 3 Mark für A und 0,50 M für B und 5 Pf. Bestellgeld bar (nicht in Briefmarken) bezogen werden. Zuschlagsfrist bis 11. März 1916.

Berlin, den 10. Januar 1916.
Königliche Eisenbahndirektion.

Vermietungen.

Augustastraße 7 I. u. II. Etage zu vermieten.

Königstr. 29
herrsch. 6—8 Zimmerwohn.
(event. Garage und Pferdestall sofort oder später zu verm. Näheres **Königstr. 26** bei Kelling.

5 Zimmer-Wohnung
mit Balkon, Bad, Innenklosett, Keller und Bodenk. sofort oder später zu vermieten Königstr. 61 beim Hausmann.

Dölau,
Waldstraße 40,
Einfam.-Villa, dicht am Walde, 1. Räume (7 heizb. Z.), Küche, Bad, Wasserklosett, Gas, Waschvorrichtg., gr. Veranda, Garage, gr. Garten, 1. April od. spät. zu verm. Näh **Dölau, Kirchstr. 5.**

Marienstr. 2,
Nähe Leipzigerstr. u. Magdeburgerstr.,
herrschaftl. Wohn.
(auch als Bureau geeignet)
1. Etage, Salon, 4 Zimmer, Küche mit Speisekammer, Mädchenkammer, Bodenkammer und reichliches Zubehör 1. April zu verm. Näheres 2. Etage.

Herrschaftl. 1. Stock Krukenbergstr. 2, Sonnenl., 7 große Zimm., Bad, Gas, elektr. L., Innenkl., gr. Balkon, Doppelfenst. l. 4.16 z. v. M. 1350. Näh. 2 Tr. l.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160118030/fragment/page=0004